



Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: 9. Oktober 2009, 15:30 Uhr

Rede

der
Bayerischen Staatssekretärin
für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Katja Hessel

anlässlich
der Jahreshauptversammlung des Verbandes der
Bayerischen Entsorgungsunternehmen

am 9. Oktober 2009
in Miesbach

Begrüßung

Sehr geehrter Herr Präsident,
(Herr Otto Heinz, Präsident VBS)

sehr geehrter Herr Altpräsident,
(Herr Reinhard Büchl, Altpräsident VBS)

sehr geehrter Herr Ehrenpräsident,
(Rudolf Ernst sr., Ehrenpräsident VBS)

sehr geehrter Herr Abgeordneter,
(Herr Horst Meierhofer, MdB FDP)

sehr geehrter Herr Weiß,
(Geschäftsführer VBS)

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch ich begrüße Sie sehr herzlich zur
**Jahreshauptversammlung des Verbandes
der Bayerischen Entsorgungsunternehmen.**

Für die **Einladung** zu Ihrer Veranstaltung
bedanke ich mich sehr. Ich habe umgehend
zugesagt und bin auch gerne gekommen.

Denn Ihren Verband und mein Haus verbindet
seit vielen Jahren eine **enge und vertrauens-
volle Zusammenarbeit.**

Sehr gerne – und da spreche ich nicht nur für mich, sondern natürlich auch für Herrn Staatsminister Zeil – möchten wir diese **Zusammenarbeit in Zukunft fortführen und weiter intensivieren.**

Dialog ist wichtig

Denn wir sind davon überzeugt, dass man nur im Schulterschluss mit den Betroffenen gute Politik machen kann. Das gilt umso mehr in einer Zeit, in der wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise sehr viel kurzfristiges Handeln notwendig war und ist.

Wirtschaftskrise

In den vergangenen Monaten haben viele Teile der Welt den **schärfsten konjunkturellen Einbruch seit Jahrzehnten** verzeichnet.

Bei uns in **Bayern** ist das **Bruttoinlandsprodukt** im ersten Halbjahr 2009 um 6,6 % zurückgegangen.

Vor allem die Ausfuhren und die Industrieproduktion sind in den ersten sechs Monaten um mehr als ein Viertel eingebrochen.

Der massive Produktionsrückgang hat auch zu einer Abnahme der zu entsorgenden Abfälle geführt. Unter Druck gesetzt wurde die Entsorgungsbranche auch durch den Preisverfall bei Sekundärrohstoffen wie Schrott und Papier.

Krisenmanagement

In so außergewöhnlichen Zeiten ist in der Wirtschaftspolitik erst einmal **Krisenmanagement** angesagt.

Das **Sofortprogramm der Staatsregierung** zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise hat zusammen mit den Konjunkturpaketen des Bundes Wirkung gezeigt. Wir konnten die Wucht des Abschwungs abmildern.

Mittelstandsfinanzierung im Fokus

Bestens bewährt hat sich der **Bayerische Mittelstandsschirm**. Er wirkt zusammen mit den von Staatsminister Zeil initiierten **Leitlinien für die Mittelstandsfinanzierung** einer drohenden Kreditklemme entgegen. Über die LfA-Förderbank haben wir zwischen Januar und Mitte September für bayerische Unternehmen Kredite in Höhe von fast **350 Millionen Euro** mobilisiert.

Das bedeutet konkrete und wirksame Hilfe für **1.344 Betriebe** und ihre Mitarbeiter.

Die Maßnahmen des Mittelstandsschirms stehen auch Unternehmen der Entsorgungswirtschaft offen. Wenn Sie eines der Instrumente von den **Betriebsmittelbürgschaften** über **Rettungsbürgschaften** bis zur **Haftungsfreistellung** benötigen, dann reden Sie mit Ihrer Bank, der LfA Förderbank oder mit uns.

**Konjunktureller
Absturz
gestoppt**

Von der **Konjunkturfront** gibt es inzwischen wieder **bessere Nachrichten**. Erfreulicherweise mehren sich die Anzeichen, wonach der Absturz gestoppt und die **konjunkturelle Talsohle erreicht** ist.

Allerdings gibt es **keinen Anlass für übertriebene Euphorie**.

Nach meiner Einschätzung ist es zu früh, Entwarnung zu geben. Ein sich selbst tragender Aufschwung ist noch nicht zu erkennen. Es wird dauern, wieder das Niveau der Jahre vor 2008 zu erreichen.

**Nach der Krise
nicht wie vor der
Krise**

Nach der Krise wird zudem nicht wie vor der Krise sein. Es wäre eine Illusion zu glauben, wir könnten nahtlos an Produktionsmenge und -struktur des letzten Aufschwungs anknüpfen. Wer so denkt, der übersieht, dass das Konstante am Wirtschaftsleben der beständige Wandel ist.

Das bedeutet aber auch: Was an Kapazitäten und Arbeitsplätzen weg bricht, muss ersetzt werden. Wir müssen gezielt **neue Wachstums- und Beschäftigungsfelder erschließen**. Der Weg dazu führt über eine konsequente Modernisierungspolitik, die wir unverzüglich anpacken müssen.

**Staatsregierung
hat Mittelstand
im Fokus**

Meine Damen und Herren!

Mittelständisch strukturierte Branchen wie die Versorgungswirtschaft stehen im Fokus der bayerischen Wirtschaftspolitik. Denn der **Mittelstand** ist das **Rückgrat** der bayerischen Wirtschaft.

Er schafft die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze in Bayern. Der Mittelstand ist für die ländlichen Regionen wie die Ballungsräume gleichermaßen von zentraler Bedeutung.

Ich möchte deshalb ganz bewusst **Veranstaltungen** wie diese **nutzen**, um mich bei Ihnen und den vielen familiengeführten **mittelständischen Unternehmen** in Bayern zu **bedanken**. Ich spreche Ihnen meine Anerkennung für Ihr Engagement und Ihre Leistungen aus.

Mittelstand ist mehr als eine betriebswirtschaftliche Rechengröße. Mittelstand ist eine Geisteshaltung, die die Bayerische Staatsregierung hegen und pflegen will.

Maßnahmenbündel

Deshalb machen wir unseren Mittelstand mit einem ganzen **Bündel an Maßnahmen** fit für die Zukunft. Dazu gehören vor allem:

- eine solide **Unternehmensfinanzierung**,
- eine offensive **Innovations- und Technologiepolitik**,
- **Hilfestellungen** für die Unternehmen im **Auslandsgeschäft**,
- eine sichere, preisgünstige **Energieversorgung** und
- Ausbau sowie Modernisierung der **Verkehrsinfrastruktur** und der **Nachrichtennetze**.

Soziale Marktwirtschaft als Richtschnur

Die **Richtschnur** unserer Arbeit ist dabei die **Soziale Marktwirtschaft** Ludwig Erhards.

- Sie bildet auch heute im 21. Jahrhundert das **ordnungspolitische Fundament** unserer freiheitlichen Gesellschaft.
- Sie verbindet wie kein zweites Modell größtmögliche persönliche und wirtschaftliche **Freiheit** innerhalb eines gut regulierten, **fairen Leistungs-Wettbewerbs** mit einem vernünftigen sozialen Ausgleich.

„Privat vor Staat“

Ein Grundgedanke der Sozialen Marktwirtschaft ist das Prinzip **„Privat vor Staat“**. Dieses wird nicht nur auf Bundesebene gerne etwas an den Rand gedrängt.

Rekommunalisierung im Entsorgungsbereich ist falsch

Auch im **kommunalen Bereich** findet das Prinzip nicht immer strenge Anwendung.

Denken Sie nur an die **Tendenz zur Rekommunalisierung** privatwirtschaftlich erbrachter Leistungen im Entsorgungsbereich.

Ich meine: Außerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge muss sich die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen auf die Fälle

beschränken, bei denen der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch Private erreicht werden kann.

Das Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft muss Vorrang haben. Mit dieser eindeutigen Position geht meine Partei auch in die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene.

**Staatsregierung
hat sich für
mehr Markt
eingesetzt**

Hier im Freistaat wurde dem Vorrang der privatwirtschaftlichen Leistungserbringung bereits im Mai 2003 mittels einer **Vollzugsbekanntmachung** Rechnung getragen. Erst im Mai 2009 wurde die Bekanntmachung verschärft. So sind die **Rechtsaufsicht** und das **Anhörungsrecht** der örtlichen und regionalen Verbandsorganisationen **gestärkt** worden.

Außerdem müssen die **Kommunen** jetzt in regelmäßigen Abständen ihre **Unternehmen** auf **Privatisierungsmöglichkeiten** hin **untersuchen** und das Ergebnis der Rechtsaufsichtsbehörde mitteilen.

Ich weiß: Das Thema Rekommunalisierung ist nicht das einzige, das Ihrer Branche zur Zeit auf den Nägeln brennt.

Steuerprivileg

Ein weiterer problematischer Punkt ist die **steuerliche Bevorzugung der öffentlich-rechtlichen Unternehmen** bei der Abfall- und Abwasserentsorgung.

Hierzu sage ich klar: Meine Partei setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass dieses **Privileg abgeschafft** wird. Fairen Wettbewerb kann es nur dann geben, wenn alle Marktakteure gleich behandelt werden.

Orientierungshilfen für öffentliche Ausschreibungen

Apropos fairer Wettbewerb: Seit einiger Zeit gibt es in der kommunalen Praxis die Tendenz, bei der Leistungserbringung durch private Unternehmen den **Zuschlag Billigstanbietern** zu erteilen. Das führt unweigerlich zum **Dumping** bei **Vergütungs- und Sozialstandards** sowie bei **Ökoregeln** und in der Folge oft zu **mangelhafter Leistungserbringung**.

Das darf nicht sein! Vermeintlich günstigere Leistungsangebote dürfen nicht zu spürbaren Qualitätsminderungen führen. Aus gutem Grund

spricht das Vergaberecht vom wirtschaftlichsten Angebot und das ist vielfach nicht das mit dem niedrigsten Preis.

Deshalb **begrüße ich** es ausdrücklich, dass der VBS gemeinsam mit dem Bayerischen Städte- tag und dem Bayerischen Landkreistag **Orien- tierungshilfen für öffentliche Ausschreibun- gen** in der Entsorgungsbranche erarbeitet hat. Besonderer **Dank** gebührt hier **Herrn Präsi- denten Heinz**, der sich in dieser Sache sehr stark engagiert hat.

Ich bin mir sicher: Die Orientierungshilfen leisten einen wesentlichen Beitrag für eine preiswerte und hochwertige Entsorgung.

Gesetzesände- rung auf Bun- desebene

Die **Entsorgungswirtschaft** steht nicht nur auf kommunaler Ebene vor vielfältigen Herausfor- derungen. So wird infolge der Novellierung der EU-Abfallrahmenrichtlinie im nächsten Jahr das deutsche **Kreislaufwirtschafts- und Abfallge- setz** geändert. Wir werden im Rahmen des Bundesratsverfahrens gegebenenfalls erforder- lichenfalls unseren Einfluss geltend machen.

Dazu bauen wir auf den Sachverstand der bayerischen Entsorgungsunternehmen und des **VBS**.

Für mich steht fest: Die neue EU-Richtlinie muss eins zu eins umgesetzt werden. Wir brauchen in Deutschland **weniger Bürokratie** und nicht noch mehr Vorschriften, die den Mittelstand fesseln.

Mittelstand muss wieder stärker in den Fokus

Insgesamt muss es in Deutschland wieder viel stärker darum gehen, den **Mittelstand** als tragende Säule unserer Wirtschaftskraft in den **Mittelpunkt der Reformanstrengungen** zu rücken.

Die **Gestaltungsspielräume** dafür haben sich aufgrund der Ergebnisse der jüngsten Wahlen deutlich **erhöht**.

Reformen in der Steuerpolitik

Vor allem in der Steuerpolitik müssen jetzt zügig Reformen angegangen werden.

Es geht hier unter anderem

- um überfällige **Korrekturen bei der Unternehmensbesteuerung**, ich nenne nur die Stichworte **Zinsschranke** und **Verlustvortrag** beim Mantelkauf.

- Es geht auch um ein **innovationsfreundlicheres Steuersystem** mit besseren Finanzierungsbedingungen für Hightech-Unternehmen und nicht zuletzt
- um Korrekturen bei der **Erbschaftsteuer**, die regionalisiert und am besten ganz abgeschafft werden muss.

Themenfelder sind vielfältig

Natürlich gibt es neben der Steuerpolitik viele weitere Themenfelder, die jetzt auf Bundesebene noch stärker angegangen werden müssen,

- vom **Umwelt- und Klimaschutz**
- über den **demographischen Wandel**,
- das **Mega-Thema Bildung** bis hin zu
- **zukunftsfesten sozialen Sicherungssystemen**.

Schluss

Mit diesen Beispielen will ich es bewenden lassen. Sie hatten mich ja auch gebeten, Zeit für das Gespräch mit Ihnen zu finden. Themen, die Sie vermisst haben, können wir deshalb gerne im Anschluss diskutieren.

Um es noch einmal auf den Punkt zu bringen:

Die Bayerische Staatsregierung setzt alles daran,

- mittelständischen Unternehmen wie der Entsorgungsbranche das **Wirtschaften** zu **erleichtern** und
- insgesamt **günstige Rahmenbedingungen** für Wachstum und Wohlstand getreu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu **schaffen**.

Beides ist notwendig, damit Bayern einer der führenden Wirtschaftsstandorte in Europa und der Welt bleibt.

Auf dem Weg, diese Ziele zu erreichen, wollen wir gerne mit Ihnen, den Vertretern der bayerischen Entsorgungswirtschaft, intensiv, offen und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Vielen Dank!